

LAUDATIO AUF DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

anlässlich der Verleihung der Walter-Eucken-Medaille am 30. Juni 2016

von **LARS P. FELD**

Verehrter Herr Dr. Schäuble.

in der Fußballsprache ausgedrückt haben Sie hier heute ein Heimspiel. Freiburg ist ein Stück Heimat für Sie. Sie kennen es wie Ihre Westentasche, natürlich viel besser als Zugereiste wie ich. Mehr noch: Sie haben an der Universität Freiburg Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studiert, mit dem zweiten juristischen Staats-examen abgeschlossen und in Freiburg zum Dr. iur. promoviert. Die frühere Forschungsgemeinschaft von Ökonomen und Juristen, die als Freiburger Schule firmiert, ist Ihnen also bestens vertraut.

Es ist daher kein Wunder, dass der Ordoliberalismus sich in Ihrem Handeln, Ihrem Denken und Ihren öffentlichen Äußerungen niedergeschlagen hat, diesen Dreiklang vielleicht sogar prägt, zumindest beeinflusst. Für die Freiburger Schule ist gute Wirtschaftspolitik Ordnungspolitik. Der Staat setzt den Rahmen des Wirtschaftens, er interveniert nicht im täglichen Klein-Klein der Marktprozesse und dem Hin und Her der Partikular-interessen. Er steht über den Interessen.

Die Eucken'sche Ordnungspolitik wird wesentlich durch die konstituierenden Prinzipien bestimmt: ein funktionsfähiges Preissystem in der Wettbewerbswirtschaft, dazu gehören offene Märkte, Privateigentum und die Vertragsfreiheit, vor allem aber der Primat der Währungspolitik, nicht zuletzt das Haftungsprinzip sowie eine Konstanz der Wirtschaftspolitik.

Diese Vorstellungen schlagen sich in Ihrem Handeln nieder. Kürzlich erschien im Journal of Common Market Studies, einer politikwissenschaftlichen Fachzeitschrift, die zu Fragen der europäischen Einigung sehr stark rezipiert wird, ein Aufsatz von David Schäfer von der LSE mit dem Titel „A Banking Union of Ideas? The Impact of Ordoliberalism and the Vicious Circle on the EU Banking Union“. Das Hauptergebnis:

„Ordoliberal ideas were constitutive for German preferences. The manipulative use of ideas as strategic resources by the German government's opponents explains why it made significant concessions. Germany's government publicly acknowledged that breaking the 'vicious circle' between banks and sovereigns was the main objective of the banking union. This became a rhetorical trap used by a coalition of Southern European member states to force the German government to make concessions.“

Die hier genannten öffentlichen Äußerungen sind vor allem Ihre. Sie sind mit sechs Reden, Interviews und Namensbeiträgen im Literaturverzeichnis zitiert; Bundeskanzlerin Merkel mit einer Regierungserklärung aus dem Jahr 2012.



Prof. Dr. Lars P. Feld und Dr. Wolfgang Schäuble



Dr. Gerhard Kempter und Margot Selz moderierten die Festveranstaltung.

Es wird während des gesamten Prozesses zur Entwicklung der Bankenunion klar, dass die Kongruenz von Haftung und Entscheidung, Haftung und Kontrolle, wer den Nutzen hat, muss auch für den Schaden haften, kurz das Haftungsprinzip, handlungsleitend sind. Der Prozess ist ja noch nicht zu Ende. Die Weiterentwicklung der Bankenunion durch eine europäische Einlagensicherung wird noch diskutiert.

Sie bestehen in diesen Diskussionen darauf, dass keine Schieflage in der Haftungskaskade entsteht. Dies gilt einerseits hinsichtlich der Altlasten in den nationalen Bankensystemen der Mitgliedstaaten. Es gilt andererseits hinsichtlich der nationalen Wirtschaftspolitik, die wesentlich das Kreditausfallrisiko der Banken bestimmt. Man denke nur an das nationale Insolvenzrecht und die Mühen griechischer Banken, ihr Recht gegen säumige Schuldner zu vollstrecken.

Dieses europäische Beispiel verdeutlicht den ordnungspolitischen Kompass Schäuble'schen Handelns in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nur unzureichend. Schauen wir in die Steuerpolitik und betrachten die jüngste, noch immer nicht rechtskräftig verabschiedete Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Sie und ich (und andere Ökonomen) werden sicher nicht einig, was die richtige Reform wäre. Die meisten Ökonomen vertreten den Vorschlag einer Flat Tax: Zehn Prozent auf alles außer Tiernahrung, angemessene Freibeträge, großzügige Stundungsregeln, keine Verschonung des Betriebsvermögens. Ihre Reform passt hingegen die alten Verschonungsregeln an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils an. Sie ist damit eindeutig der Konstanz der Wirtschaftspolitik verhaftet. Keine Experimente!

Sie sind zudem angesichts der Vehemenz des Interessengruppeneinflusses, vor allem der Familienunternehmer, nicht zurückgewichen. Man musste sich ja manch Verwunderliches anhören. Familienunternehmer leisteten ihren Beitrag für die Allgemeinheit schon alleine dadurch, dass sie Arbeitsplätze schafften. Wir sind stolz auf unsere mittelständische Wirtschaft. Aber sollte sie nicht gemäß ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen? Gehören Erbschaften und Schenkungen nicht zum Reinvermögenszugang der Steuerpflichtigen?

Wenn wir schon bei der Finanzpolitik sind, darf Ihr Einsatz für die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht unerwähnt bleiben. Finanzminister Schäuble ist der erste Finanzminister seit Franz-Josef Strauß, der einen ausgeglichenen Bundshaushalt erreicht hat. Dies ist deshalb historisch, weil Strauß die schwarze Null im Jahr 1969 gelang und damals auch „nur“ im Vollzug, ungeplant also.

Die schwarze Null hat zwar ökonomisch keinen normativen Wert, politisch aber durchaus. Es ist alles andere als selbstverständlich, in guten Zeiten keine neuen Schulden zu machen. Wenn die Einnahmen sprudeln, gibt es viele gute Ideen, wie man das Geld ausgeben kann. Dies beginnt mit den Ressortministern, geht weiter mit den Abgeordneten und ist bei den Interessengruppen nicht zu Ende. Schauen Sie sich nur, verehrte Damen und Herren, die vielen neuen Stellen an, welche die Stadt Freiburg und das Land Baden-Württemberg zurzeit schaffen. Ganz können auch Sie, lieber Herr Schäuble, sich am Ende nicht verschließen. Es gilt die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin, die Wahrung des Koalitionsfriedens ist zuweilen vorrangig. Stichwort: Prämie für Elektroautos. Ein ordnungspolitischer Sündenfall ist dies allemal. Manchmal geht es wohl in der Politik, auch für den Bundesfinanzminister darum, das Schlimmste zu verhindern.

Ist die schwarze Null tatsächlich etwas Besonderes? Die Einhaltung geltenden Rechts ist doch selbstverständlich. Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Von einem Bundesfinanzminister, vor allem einem, der promovierter Jurist ist, als Innenminister Verfassungsminister war, sollte man erwarten, dass er dies selbstverständlich tut. Und ja: Sie tun es selbstverständlich, Herr Minister.



Dr. Susanne Feld, Prof. Dr. Lars P. Feld und Bundesfinanzminister Schäuble



Der Pianist Moje Kolodin sorgte für die musikalische Umrahmung.



Aber leider gilt dies nicht für alle Ihrer Kollegen. In Deutschland nehmen die Finanzminister der Länder die Schuldenbremse in unterschiedlichem Maße ernst. Musste Bremen nicht kürzlich vom Stabilitätsrat darauf hingewiesen werden, dass die Flüchtlingsmigration nicht zu den Naturkatastrophen zu zählen ist, trotz aller Vergleiche mit Wellen, Strömen oder gar Lawinen? Verhält sich Nordrhein-Westfalen nicht so, als ob die ganze Chose es nichts angehen würde? Schon hierzulande ist die Regeleinhaltung nicht selbstverständlich. Sie, verehrter Herr Schäuble, werden die schwarze Null hingegen dieses und kommenden Jahr trotz der Mehr-ausgaben für Flüchtlinge einhalten können – wie selbstverständlich. Ich bin dahingehend sehr zuversichtlich, obwohl die Länder alles daran setzen, dass ihnen das nicht gelingt.

Ihren europäischen Kollegen ist die Einhaltung europäischer Regeln vermutlich noch weniger wichtig als den Finanzministern der Länder. Wir brauchen nicht die Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchzuzählen. Sie sind Legende. Nüchtern betrachtet ist dies im Unterschied zur Schuldenbremse nicht verwunderlich. Die europäischen Verträge gründen auf dem Völkerrecht. Sie wurden zwar weiterentwickelt und bilden als Europarecht heute einen besonderen Rechtskanon. Aber gilt für das Völkerrecht nicht ganz besonders, was mein Kollege Wernhard Möschel mir ins Poesiealbum schrieb: Wenn Recht auf Macht trifft, zieht das Recht den Kürzeren?

Im alten Stabi-Pakt war klar, dass eine positive Mehrheit im Rat, Ministerrat und Europäischem Rat, einer Fortführung eines Verfahrens wegen exzessiver Defizite zustimmen musste. Einem Mitgliedstaat musste also eine Verhinderungscoalition gelingen. Im neuen Stabi-Pakt hat sich der Status quo verschoben, wenn die Kommission eine Verschärfung auf die nächste Sanktionsstufe vorschlägt. Es muss also eine positive Mehrheit der Verschärfungsgegner geschmiedet werden. Das ist schwieriger. Daher verschiebt sich der politische Druck auf die Kommission, die in der Auslegung der Regeln dann flexibler sein soll. Flessibilità, wie Ministerpräsident Renzi sie regelmäßig fordert! Basta flessibilità all'Italia, möchte man ihm zurufen – und habe ich auch schon in La Repubblica. Aber es hilft ja nichts, wenn die Kommission so klein beigibt, wie Herr Juncker gegenüber Frankreich.

Auch hier sind Sie vorgeprescht, haben sich unbeliebt gemacht. Die Überwachung der Fiskalregeln solle von einem unabhängigen Expertengremium vorgenommen werden, sodass die Entscheidungen der Kommission einer gewissen Prüfung unterliegen. Das ist ein Lösungsvorschlag im Eucken'schen Sinne. Seinem Tagebuch, seinen Briefen und weiteren nachgelassenen Schriften lässt sich entnehmen, dass er das unzureichende Engagement von Wissenschaftlern für die Vernunft in der Weimarer Republik bedauerte. Die Gründung des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft im Jahr 1948, später beim Bundeswirtschaftsministerium, dessen Schwesterbeirat in Ihrem Ministerium, der Sachverständigenrat, die Monopolkommission, unabhängige Fiskalräte in Europa sind eine Konsequenz solcher Überlegungen. Natürlich sollte die Kommission eine wichtige Ergänzung durch ein solches unabhängiges Gremium bekommen.

Die EU hat nach der Brexit-Entscheidung der Briten nur scheinbar andere Sorgen. Vieles mag diese Entscheidung herbeigeführt haben. Zunächst ist es das parteitaktische Kalkül David Camerons. Allerdings reagierte er damit auf das Erstarken der UKIP, deren Erfolg sich vor allem aus der Zuwanderung und ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt speist. Notabene geht es nicht um Flüchtlingsmigration, sondern die im Rahmen der Grundfreiheiten gewährte Freizügigkeit von EU-Bürgern. Der Polish Plumber wurde zum Sinnbild dieses Unbehagens. Dass xenophobische Tendenzen mitschwingen, wie bei den plakatierten schwarzen Schafen der Schweizer SVP, überrascht nicht. Dabei schadete die handwerkliche Expertise polnischer Handwerker den britischen Hausbesitzern genauso wenig wie die Zuwanderung deutscher Ärzte und Pflegekräfte dem Schweizer Gesundheitssystem.

Die Unzufriedenheit mit der EU hat mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Mitgliedstaaten in den Jahren seit der Finanzkrise zu tun. Das Vereinigte Königreich schlägt sich noch ganz gut, musste aber stärker konsolidieren als Deutschland.



Prof. Dr. Lars P. Feld hielt die Laudatio auf den Bundesfinanzminister.

Dies trifft bei relativ hoher Arbeitslosigkeit diejenigen, die jetzt für den Brexit gestimmt haben. In Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal – kurz im "Club Med" ist die Unzufriedenheit ähnlich begründet.

Die EU wird für den wirtschaftlichen Misserfolg verantwortlich gemacht. Die EU, wahlweise auch Deutschland, müssen als Sündenböcke herhalten, weil die politisch Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten es sich einfach machen. Das haben diese zu oft schon früher getan, weswegen diese Mitgliedstaaten Überschuldungsprobleme, verkrustete Arbeitsmärkte, Marktzugangsbeschränkungen und ähnliches haben. Dass der einfache Weg irgendwann verstellt ist, geben sie nicht gerne zu, sondern schieben die Schuld auf die EU. Griechenland ist ein sehr gutes Beispiel, wie man jahrelang über seine Verhältnisse lebt, sich in der Vergangenheit einrichtet und irgendwann feststellt, dass niemand außer den europäischen Partnern bereit ist, einem Land Geld zu leihen, das von seinen Steuerzahlern schon lange im Stich gelassen wird.

Ihre Reaktion, lieber Herr Schäuble, war vielfältig. Ich nenne nur eine. In der griechischen Tragödie haben Sie Kurs gehalten, sich dieses Verhalten nicht gefallen lassen, deutlich gemacht, dass in letzter Konsequenz dann eben ein Austritt aus der Währungsunion notwendig ist. Ein Mitgliedstaat einer Währungsunion zahlt seine Schulden. Punkt. Wenn es gar nicht geht, helfen die Partner, aber nur gegen klare Gegenleistungen. Ohne diese ist Schluss.

Nun gilt es, den Schaden des Brexit zu begrenzen und zugleich ordnungspolitisch Kurs zu halten. Deutschland ist an guten Beziehungen, nicht nur wirtschaftlichen, mit Großbritannien interessiert. Gleichwohl können die Briten nur diejenige Integration erhalten, deren Verpflichtungen sie im Gegenzug zu akzeptieren bereit sind.

Der gleiche Status wie Norwegen oder die Schweiz ist nur erhältlich unter Einhaltung der vier Grundfreiheiten, des Aquis communautaire und seiner Weiterentwicklung sowie einem angemessenen Beitrag zum EU-Haushalt. Ob die Briten dies angesichts der Diskussionen im Abstimmungskampf hinnehmen können, ist fraglich. Ist dies für sie nicht hinnehmbar, dann lässt sich nur eine geringere Integration erreichen. Übrigens bedeutet dies auch eine klare Haltung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz im kommenden Jahr. Freizügigkeit steht nicht zur Disposition.

Was bedeutet dies für die EU? Vor voreiligen Integrationsschritten kann nicht deutlich genug gewarnt werden. Vor dem Brexit taugten Vorstellungen Italiens oder Frankreichs für eine Fiskalkapazität auf EU-Ebene wenig, danach tun sie es erst recht nicht. Eine gemeinsame Fiskalpolitik auf EU-Ebene ist nur möglich, wenn die Mitgliedstaaten Eingriffsrechte in ihre Haushaltsautonomie zu akzeptieren bereit sind. Sie müssen zudem eine größere Umsetzungsbereitschaft dafür haben. Auch hier gilt: Haftung und Entscheidung, Haftung und Kontrolle gehören zusammen. Dies erfordert die Bereitschaft zur politischen Integration. Minister Schäuble wird nicht müde, dies zu betonen.

Bei Lichte betrachtet macht sich die EU, wahlweise Deutschland, als Sündenbock so gut für Politiker in den Mitgliedstaaten, weil es bereits eine Verzerrung in den Verantwortlichkeiten gibt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt suggeriert, dass die fiskalpolitischen Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden, wenn doch die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsautonomie eifersüchtig verteidigen. Die Kommission suggeriert in allen möglichen Politikbereichen, dass sie Kompetenzen besitzt, selbst dort, wo der Lissabon-Vertrag dies nicht vorsieht. Mehr von dieser Medizin, welche den ersten Desintegrationsschritt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg mitbewirkt hat, wird kaum als Gegenmittel taugen. Mehr Integration ist nur noch mit strikter Respektierung des Haftungsprinzips in seiner weiten Interpretation möglich.



Die Walter-Eucken-Medaille wird von Vorstand und Kuratorium des Instituts und dem Aktionskreis Freiburger Schule verliehen.



Meine Damen und Herren, ich könnte noch lange weitermachen. Ich habe mich ja auf die kürzere Frist beschränkt und beispielsweise die Leistungen Wolfgang Schäubles als Architekt der deutschen Einheit nicht gewürdigt, manche Impulse zur europäischen Integration, das Schäuble-Lamers-Papier aus dem Jahr 1994 oder seine Karlspreis-Rede aus dem Jahr 2012, nicht erwähnt. Ein wenig spiegeln meine Ausführungen den Einfluss dieses Denkens aber doch wider.

Kürzlich sagte Peter Altmeier auf einer Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Flüchtlingskrise, alle Podiumsteilnehmer würden 2030 am Gendarmenmarkt bei einem Latte Macchiato den wohlverdienten Ruhestand genießen. Allenfalls Wolfgang Schäuble sei dann noch im Amt. Sie sollen bei ähnlichen Bemerkungen früher, so Herr Altmeier im Gespräch danach, gesagt haben: Was, nur bis 2030?

Das Walter Eucken Institut und der Aktionskreis Freiburger Schule verleihen Dr. Wolfgang Schäuble die Walter Eucken Medaille für seine herausragenden Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Sein unbeirrbares Einstehen für ordnungspolitische Prinzipien im Sinne der Freiburger Schule hat er über viele Jahre durch eine konsequent solide Finanz- und Haushaltspolitik im deutschen Bundesstaat wie bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise unter Beweis gestellt. Wir verleihen zum ersten Mal in unserer Geschichte die Walter Eucken Medaille in Gold.

Freiburg, 30. Juni, 2016. *Lars P. Feld.*

Walter Eucken Institut
ORDO → Constitutio in Libertate

Aktionskreis **Freiburger Schule**
Initiative für Ordnungspolitik

Das Walter Eucken Institut e.V.
und
der Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik e.V.
verleihen

Wolfgang Schäuble
die Walter Eucken Medaille

für seine herausragenden Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Sein unbeirrbares Einstehen für ordnungspolitische Prinzipien im Sinne der Freiburger Schule hat er über viele Jahre durch eine konsequent solide Finanz- und Haushaltspolitik im deutschen Bundesstaat wie bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise bewiesen.

Freiburg, im Juni 2016



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble verband seine Dankesworte mit interessanten Einblicken in aktuelle finanzpolitische Fragen.